



29. ordentliche Mitgliederversammlung vom 26. April 2014

29^e Assemblée générale du 26 avril 2014

29^a Assemblea ordinaria dei membri del 26 aprile 2014

Es gilt das gesprochene Wort/C'est le texte oral qui fait foi/Fa testo il discorso orale

www.auns.ch / www.asin.ch / www.asni.ch

Was will der Bundesrat – was will die AUNS?

Nationalrat Luzi Stamm

Vizepräsident der Aktion für eine unabhängige und neutrale
Schweiz (AUNS)

Liebe AUNS-Mitglieder, Sympathisanten und Gönner
liebe Gäste, sehr geehrte Damen und Herren

Es ist sonnenklar, dass der Bundesrat 20 Jahre lang in die EU wollte. Alles spricht dafür, dass er das jetzt noch will. Aber die AUNS ist dazu da, alles Erdenkliche tun, um das zu verhindern. Dafür wenden wir all unsere Zeit und all unsere Kraft einsetzen.

(1) ab Mitte des 19. Jahrhunderts; Erfolgsgeschichte Schweiz:

Ein Rückblick: Innerhalb von nur rund 100 Jahren wurde die Schweiz vom Armenhaus zum – für die Durchschnittsbevölkerung – reichsten Land der Welt (Statistik der Weltbank in den 80er-Jahren)! Ohne Rohstoffe! „Nur“ durch Weltoffenheit, durch Öffnung der Märkte (selbstverständlich mit Ausnahme der Landwirtschaft), und mit einem weltweit einmaligen politischen System, der typisch schweizerischen direkte Demokratie. Statt am Erfolgsmodell festzuhalten, setzten unsere politischen Gegner seit 22 Jahren alles daran, um es abzuschaffen!

(2) 9. November 1989; Fall der Berliner Mauer.

Noch nie in der Weltgeschichte waren die Voraussetzung für eine Zukunft in Freiheit und Wohlstand so gut wie 1990. Die Architekten der EU setzten jedoch auf ihr verheerendes Dreifach-Motto, an welcher sie mit Sturheit festhalten: „Überall freie Zuwanderung (1), überall dieselbe Währung (2), überall dasselbe Recht (3); so zwingen wir Europa unter ein Dach“.

Die Resultate werden immer sichtbarer. Man vergleiche die 25 Jahre nach dem Krieg und die 25 Jahre 1989 bis 2014! Nicht nur die Länder des Südens verarmen, von Griechenland bis Spanien. Die Armut steigt auch in den „reichen“ Ländern wie Deutschland und Frankreich. Wer etwas anderes behauptet, ist noch nie in gewissen Gegenden von Berlin, von Paris oder sogar in Marseille gewesen. Die AUNS wird alles daran setzen, dass wir nicht in dasselbe Fahrwasser wie die EU/EURO-Mitglieder geraten und ebenfalls verarmen.

(3) 20. Oktober 1991; National- und Ständeratswahlen

An diesem Datum wurde ich in den Nationalrat gewählt. Rückblickend interessant: Für niemanden – weder für die anderen Parteien, noch meine Konkurrenten noch für mich selbst – war im Wahlkampf die EU-Frage ein Thema; niemand dachte an einen EU-Beitritt!

Keine 48 Stunden später ein Paukenschlag: Bis in die späten Abendstunden des 21.10.1991 verhandelte die Schweizer Delegation in Luxemburg über Details des „Europäischen Wirtschaftsraums“ EWR. Spät nachts gelang ein Durchbruch. Dies bewog die beiden Bundesräte Delamuraz und Felber, morgens um drei Uhr (!) eine Pressekonferenz einzuberufen, um den erstaunten Pressevertretern, die bis in die Morgenstunden ausgeharrt hatten, zu erklären: *„Der Bundesrat hat den EU-Beitritt als Ziel seiner europäischen Integrationspolitik festgelegt; der EWR stellt eine Etappe dar, welche zu diesem Ziel führen muss“*.

(4) 18. Mai 1992; Der Bundesrat stellt das EU-Beitritts-Gesuch

Aufgrund einer Indiskretion strahlte Radio DRS am 18.5.1992 über Mittag die sensationelle Mitteilung aus: Die Schweiz stellt ein EU-Beitritts-Gesuch! Die Bundesräte René Felber, Jean-Pascal Delamuraz, Flavio Cotti und Adolf Ogi seien für das Gesuch gewesen, Kaspar Villiger, Arnold Koller und Otto Stich dagegen; Stich grundsätzlich, Villiger und Koller gegen den jetzigen Zeitpunkt (NZZ vom 19.5.1992). Und man lese den Vorwurf, den Otto Stich – nach seinem Rücktritt in seinen Memoiren – seinen vier Kollegen Felber, Delamuraz, Cotti und Ogi machte. *„Diese Gruppe hatte sich praktisch vor jeder Bundesratssitzung getroffen und abgesprochen. Nicht selten war (Ringier-Vertreter) Frank A. Meyer wie ein achter Bundesrat dabei“*. Die Beitritts-Bemühungen seien von allem Anfang an mit Medienvertretern abgekartet gewesen.

(5) 6. Dezember 1992; EWR-Abstimmung

Bekanntlich lehnte das Schweizer Volk in der „Jahrhundertabstimmung“ vom 6. Dezember 1992 den EWR mit 50,3% ab, trotz des vehementen Engagements des Bundesrats und trotz teilweise vom Steuerzahler finanzierten „Informationskampagne“ (am 18.6.1992 hatte Bundesbern einen Kredit von 3,5 Mio. Franken für eine „EWR-Informationskampagne“ bewilligt). Zum Glück kamen viele Elemente zusammen: Schon damals die Angst vor der Personenfreizügigkeit, das kontraproduktive EU-Beitritts-Gesuch des Bundesrats, die Bezeichnung „Trainingslager“ für den Beitritt, eine extrem hohe Stimmbeteiligung von 78%, die Skepsis der Grünen, die AUNS, die historische Figur Blocher. Dank an alle, die damals mitgekämpft haben!

(6) Die Jahre nach 1992: Praktisch alle zogen am Strick Richtung Brüssel!

Im August 1995 sprach sich die FDP an einer denkwürdigen Delegiertenversammlung in Interlaken für das „strategische Ziel EU-Beitritt aus. Die CVP folgte an einer Delegiertenversammlung im April 1998 in Basel (mit einer erdrückenden Mehrheit von 411 zu 38 Stimmen!). Wie stark die Politikerelite nach Brüssel drängte, geht vielleicht am eindrücklichsten aus der *„grossen NEBS-Umfrage der Neuen Europäischen Bewegung Schweiz“* vor den Parlamentswahlen 1999 hervor. Die NEBS frohlockte damals nach der Befragung sämtlicher 2'931 Kandidatinnen und Kandidaten,

die nach Bern gewählt werden wollten, *"sagenhafte 98% der Sozialdemokraten (SP), 82% der Christdemokraten (CVP) und 75% der Freisinnigen (FDP) sind für den Beitritt"*. 1999 bis 2003 sassen nur gerade zwei Vertreter aus der Welschschweiz und nur drei Frauen im Parlament, die in dieser Umfrage gegen einen EU-Beitritt votiert hatten.

(7) Besonders verheerend: Haltung des Bundesrats

Die Banken, die Wirtschaft, die Kulturschaffenden, die Universitätsprofessoren, der Chef der SBB, der Chef der PTT, der Chef von Ringier, des Tages-Anzeigers, des Fernsehens. Sie alle waren für den EU-Beitritt. Verheerender als alles andere war aber, dass der Bundesrat an vorderster Front bereit war, die direkte Demokratie über Bord zu werfen und stattdessen EU-Recht zu übernehmen! Erinnern Sie sich an den unglaublichen Satz von Ruth Dreifuss: *"Es ist eigentlich unwesentlich zu wissen, ob es die Schweiz noch geben wird oder nicht. Ich persönlich hoffe, dass über die Staaten hinweg ein neuer, europäischer Überbau entsteht. Ob die Schweiz innerhalb einer grösseren Einheit als Staat überlebt, ist mir selber nicht so wichtig"*.

In seinem „Integrationsbericht 1999“ vom 3.2.1999 schrieb der Bundesrat: *"Ein EU-Beitritt würde die Unabhängigkeit der Schweiz stärken"*. Nur wer die allgemeingültige Bedeutung der Worte hemmungslos verdreht, bis sie nichts mehr mit der Bedeutung im Wörterbuch zu tun haben, kann so etwas behaupten. Wohl nichts ist so entlarvend wie die Person, den der Bundesrat zum Chefunterhändler für die „Bilateralen I“ machte: Jakob Kellenberger, der spätere IKRK-Chef, Erstunterzeichner des „Manifests für den EU-Beitritt“. Wir schrieben damals: *„Da werden Verträge von kapitaler Tragweite von Euro-Turbos ausgehandelt, deren persönliches oberstes Ziel es ist, der EU beizutreten. Das ist, wie wenn der Metzgermeisterverband zur Vertretung seiner vitalsten Interessen Vegetarier an die Verhandlungsfrent schicken würde!“*

(8) Bilaterale I: EU-Beitrittsbefürworter haben ganze Arbeit geleistet

Man lese, was Bundesrätin Micheline Calmy-Rey nach 100 Tagen im Amt – damals wenigstens noch völlig offen – erklärte: *"Indem wir die bilateralen Beziehungen zur EU intensivieren, können wir den Boden für den EU-Beitritt bereiten"*. Oder man beachte, was Bundesrat Moritz Leuenberger (bezeichnenderweise im Ausland) sagte: *"Je mehr Hürden wir abbauen, desto selbstverständlicher kann der EU-Beitritt später vollzogen werden"*. Am offensten drückte wohl Nationalrat Marc Suter, der Präsident der „Neuen Europäischen Bewegung Schweiz“ aus, was mit den Bilateralen I angestrebt wurde: *"Für die Pro-Europäer baut ein Ja zu dem freien Personenverkehr und dem Landverkehrsvertrag zwei wesentliche Hindernisse ab, die uns dann bei der Beitrittsabstimmung keine Bauchschmerzen mehr bereiten dürften"*.

Am 21. Mai 2000 wurde das Paket „Bilateralen I“ angenommen, mit den beiden zentralen Dossiers Personenfreizügigkeit und Landverkehr. Als damaliges Noch-Mitglied der FDP erlebte ich hautnah mit, wie die Bilateralen I in der FDP-Delegiertenversammlung mit Hunderten von Stimmen gegen nur gerade eine einzige Stimme gutgeheissen wurden. Glauben Sie im Ernst, dieses Paket Bilaterale 1 sei unter den geschilderten Umständen – die gesamte Schweizer Elite war für einen Beitritt – als ernste Alternative zu einem EU-Beitritt konzipiert worden?

(9) Das Zögern der Auns; unser einziger Fehler

Am 7.3.1994 hatte Bundesrat Arnold Koller erklärt: *"Der Bundesrat beabsichtigt nicht, in seiner Haltung von der 28-Tonnen-Frage abzuweichen. Die Aufrechterhaltung dieser Gewichtslimite gehört zu den Eckpfeilern seiner Verkehrspolitik. Von einer Aufgabe der konsequenten Haltung bezüglich der 40-Tonnen Frage oder sogar einem Bückling gegenüber der EU kann keine Rede sein"*. Und sogar Bundesrat Adolf Ogi, der massgeblich am EU-Beitritts-Gesuch beteiligt war, hatte am 8.6.1992 noch erklärt: *"Die NEAT bildet die beste Gewähr, an der 28-Tonnen-Limite festhalten zu können"*. Und auch die AUNS hatte damals in ihrer Resolution 1998 zwar geschrieben, dass wir gegen die Bilateralen antreten werden, wenn die Personenfreizügigkeit eingeführt wird und / oder wenn die 28-Tonnen-Limite preisgegeben wird: Als es darauf ankam, haben wir dann nicht einmal Unterschriften für ein Referendum gesammelt.

Ich bedanke mich bei unserem Präsidenten Pirmin Schwander – und schicke ihm von hier aus meine besten Wünsche für seine Gesundheit – mit welchem grossem Weitblick er die Bilateralen 1 von allem Anfang an als Beitrittsbeschleuniger bezeichnet hat (ein Ausdruck, den wir übrigens unserem Geschäftsführer Werner Gartenmann verdanken). Und ich bedanke mich bei Lukas Reimann, dass er damals in St. Gallen als 17-jähriger in der JSVP gegen die Personenfreizügigkeit antrat und als einer der Wenigen die Bilateralen I bekämpfte, was ihm hier in diesem Saal zur Wahl in den Auns-Vorstand verhalf. Und ich bedanke mich bei all denjenigen hier drinnen, die seit weit mehr als 10 Jahren gegen die Personenfreizügigkeit kämpfen

(10) Bilaterale II: Der zweite EU-Beitrittsbeschleuniger

Die wohl hemmungsloseste Pirouette führte der Bundesrat bei den Bilateralen 2 auf, unmittelbar nach dem Ja des Volkes zu den Bilateralen I: Noch in seiner Botschaft vom 23. Juni 1999 zu den "Bilateralen Verträgen 1" hatte er wenigstens geschrieben, dass Verhandlungen für jene Bereiche *"nicht in Frage kommen, bei deren Regelung Souveränitätsübertragungen an supranationale Instanzen unerlässlich sind"*. Dabei nannte er ausdrücklich "Schengen".

Kaum waren die Bilateralen 1 unter Dach und Fach, kam die EU wieder auf die Schweiz zu und forderte neue Verträge, nämlich die Betrugsbekämpfung und die Zinsbesteuerung, in welcher die Schweiz sich bereit erklären sollte, für die EU Abgaben einzutreiben – nota bene ein weltweit einmaliger Vorgang, dass ein Land für andere Steuern eintreibt! Und man höre und staune, wie die Schweiz reagierte: Sie verlangte als Gegenleistung ausgerechnet Schengen! Dieses Dossier wurde plötzlich als Vorteil der Schweiz bezeichnet; in unglaublicher Verdrehung der bisherigen Stellungnahmen. Nun behauptete der Bundesrat, das Schengen / Dublin-Abkommen *„bringt mehr Sicherheit, weniger Asylgesuche und schützt das Bankgeheimnis“* (es wurde uns gesagt, nur noch via Flughäfen kämen wenige Asylbewerber, alle andern – die auf dem Landweg einreisen – würden sofort ans Ausland zurückgeschoben). In der NZZ vom 1.12.2004 erklärte Bundesrat Deiss: *„Das Bankgeheimnis ist im Schengen-Abkommen vertraglich abgesichert, und zwar zeitlich unbefristet.“* In der Weltwoche vom 26.5.2005 frohlockte er, *„dass wir im Kern das Bankgeheimnis völ-*

kerrechtlich verankert haben. Das ist ja das Fantastische.“ Dass der Bundesrat die Kosten um mehr als das Zehnfache herunterspielte, passt ins Bild.

(11) Seit dem 4. März 2001 war plötzlich alles anders!

Der dramatische Wendepunkt erfolgte am 4. März 2001. An diesem Datum wurde die Volksinitiative „Ja zu Europa“ zur Abstimmung gebracht, die den entscheidenden Satz beinhaltete: *„Die Schweiz beteiligt sich am Europäischen Integrationsprozess und strebt zu diesem Zweck den Beitritt zur EU an.“*

Das Abstimmungs-Ergebnis war für die EU-Beitrittsbefürworter ein richtiggehender Schock, da die Initiative mit nicht weniger als 76,8 Prozent der Stimmen bachab geschickt wurde. Schlagartig erhielten die EU-Beitritts-Befürworter vor Augen geführt, wie stark sie an der Bevölkerung vorbei politisierten. Unzählige Beitrittsbefürworter änderten schlagartig ihre Taktik: Ab sofort verheimlichten sie ihre wahren Ziele. Ich war damals noch Mitglied der FDP ganz kurz vor dem Übertritt zur SVP) und erlebte an vorderster Front mit, wie selbst extreme EU-Turbos gezielt das Motto herausgaben, ab sofort werde die Sprachregelung gewechselt; *„in dieser Legislatur“, „in diesem Jahrzehnt“, „zurzeit“* sei ein EU-Beitritt kein Thema. Am wirksamsten war der Ratschlag von Bundesrat Pascal Couchepin, der ganz einfach sagte: *„In Zukunft sofort sagen wir einfach nur immer und immer wieder, wir sind für den bilaterale Weg!“*.

(12) Das Drama seit 10 Jahren: Wem kann man noch was glauben?

Dementsprechend ruiniert ist jede Glaubwürdigkeit. Wem kann man glauben und wem nicht? Viele massgebende Persönlichkeiten sind noch dieselben wie damals, insbesondere wichtige Medienvertreter. Bundesräte, die noch vor kurzem die Schweiz mit aller Macht in die EU führen wollen, sprachen nun plötzlich von einer Option, nicht mehr vom strategischen Ziel. Man beachte die Haltung von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, die vor zwei Monaten erklärte, sie sein nun zur Erkenntnis gelangt, ein EU-Beitritt sei für die Schweiz das Richtige. Bei Amtsantritt für einen Beitritt, während Jahren angeblich dagegen, nach dem Rücktritt wieder dafür?!

Schauen Sie, was in den letzten drei Jahren alles als Möglichkeit diskutiert wurde. Stromabkommen mit angehängtem „institutionellem Teil“, EWR II, Rahmenabkommen, etc. etc. Die alles entscheidende Frage droht verloren zu gehen: Welche Absicht der Schweizer Verantwortlichen steht hinter den angekündigten Schritten. Wollen sie uns in durch die Hintertür – indirekt – in die EU führen. Augen auf! Fragen Sie sich schon nur, weshalb der Bundesrat sich derart konsequent weigert, das Beitritts-Gesuch der Schweiz zurückziehen. Dieses sei gegenstandslos, man wolle die EU nicht „verärgern“?! Wieso sollte eine Grossmacht wie die EU verärgert sein, wenn ein aussen stehendes Land ihr nicht beitreten will?

(13) Marktzugang statt schädliche bilaterale Pakete

Unser Präsident Pirmin Schwander hat mit aller Deutlichkeit schon an unserer letzten Mitgliederversammlung gefordert: Weg mit den schädlichen Dossiers der Bilateralen 1 und 2 – stattdessen endlich besseren Marktzugang! In jüngster Zeit wurden seine Aussagen oft falsch interpretiert. So las ich u.a. die Schlagzeile, „AUNS gegen der Bilateralen Weg“, oder „Freihandel statt Bilateralen Weg“. Oder man meinte gar, wir

wollen der EU-Zollunion beitreten. Das ist falsch. Die AUNS will ganz einfach Verbesserung des Zugangs zu den Märkten, aber keine bilateralen Dossiers, die konstruiert wurden, um uns in die EU zu führen. Unser Präsident sagte, dass die beiden Beitrittsbeschleuniger-Pakete zu kündigen sind, genau gesehen natürlich die beiden schädlichen Kerndossiers der Bilateralen 1 (Personenfreizügigkeit) und 2 (Schengen). Die anderen bilateralen Verträge kann man weiterlaufen lassen. Ich verweise auf die Resolution, auf die wir heute noch zu sprechen kommen. Selbstverständlich befürworten wir den bilateralen Weg! „Bilateral“ heisst ganz einfach „zweiseitig“. Seit jeher hatten wir zweiseitige Verträge mit dem Ausland, und wir werden immer solche haben; selbstverständlich insbesondere mit der EU. Aber gefälligst nur solche, die auch in unserem Interesse liegen!

(14) Die zentral wichtige Aufgabe unserer Auns

Somit komme ich zum Schluss: Was will die AUNS? Sie können sich darauf verlassen, dass unsere Organisation alles daran setzen wird, unsere selbständige, weltweit einmalige direkte Demokratie zu verteidigen. Und zwar an allen Fronten. Bei uns gibt es kein „700 Jahre sind genug“. Bei uns gibt es kein „La Suisse n'existe pas“. Sondern wir kämpfen im Kern gegen die drei eingangs erwähnten zentralen Prinzipien der EU: „Überall freie Zuwanderung (1), überall dieselbe Währung (2), überall dasselbe Recht (3); so zwingen wir Europa unter ein Dach“, genau die drei Punkte, die – wie immer mehr Leute erkennen – uns das Leben schwer machen.

Punkt 1: Überall freie Zuwanderung; überrollen lassen bei der Einwanderung?

Ich garantiere Ihnen, dass die Auns diesen Punkt nicht mehr aus den Augen verliert. Am 9. Februar haben wir bei der Einwanderung einen wichtigen Teilerfolg errungen. Aber man lese z.B. in der NZZ vom 29.3.2014: „In ihrer Rede vor den SP-Delegierten im Berner Jura kritisierte Bundesrätin Simonetta Sommaruga die Mitteparteien für ihre Unterstützung der SVP-Position bei der Umsetzung der Ausschaffungsinitiative. «Ich hoffe, dass es sich um einen populistischen Ausrutscher handelte», erklärte sie an die Adresse «gewisser politischer Parteien». «Alles andere müsste uns mit grösserer Sorge erfüllen», so die Justizministerin.“

Eine völlig inakzeptable Aussage! Die AUNS wird dafür sorgen, dass die Fehler der Personenfreizügigkeit und Schengens korrigiert werden, die Frage ist nur wann. Bei der Personenfreizügigkeit müssen wir dem Bundesrat nach dem 9.2. drei Jahre Zeit geben, um die Masseneinwanderungsinitiative umzusetzen. Danach müssen wir – wenn er die Zuwanderung nicht wirksam begrenzt – die Personenfreizügigkeit angreifen, Schengen vielleicht schon früher.

Punkt 2: Überall dieselbe Währung; mit unserer Nationalbank, die einfach „nachvollzieht“?

Die Währungs-Frage ist die schwierigste der drei Punkte: Der Kampf um eine unabhängige Schweizer Nationalbank hat eben erst begonnen. In Kürze wird die Abstimmung über die „Goldinitiative“ dieses Thema erstmals auf's Tapet bringen. Der Dank an dieser Stelle geht an aNR Ulrich Schlüer, und an alle, die uns bei diesen Bemühungen unterstützen werden.

Punkt 3: Überall dasselbe Recht; überrollen lassen, durch fremdes (EU-) Recht?

Und der Dank geht an Christoph Blocher, dass er beim wichtigen Teilbereich „automatische Übernahme von fremden Recht“ die Führung übernommen hat. Der indi-

rekte EU-Beitritt kann nur verhindert werden, wenn es uns gelingt, das drohende Rahmenabkommen respektive die automatische Übernahme von fremden Recht / fremder Richter zu verhindern.

Unsere AUNS aber ist die zentrale Organisation, die an all diesen drei Fronten kämpfen wird. Sie wird dafür sorgen, dass wir nicht überrollt werden, weder von der Einwanderung, noch von der Währungspolitik, noch vom internationalen Recht. Wir sind der Garant, dass auch noch in den nächsten Generationen die Schweizerinnen und Schweizer an der Urne entscheiden können, was innerhalb unserer Grenzen gilt und was nicht. Unsere direkte Demokratie ist unbezahlbar. Wir werden sie bewahren. Sie können für oder gegen Atomkraftwerke sein, sie können für oder gegen Sterbehilfe sein, sie können für oder gegen zusätzliche Autobahnen stimmen. Aber schaffen Sie um Himmels Willen niemals die direkte Demokratie ab – das Wertvollste, was unser Land in seiner jahrhundertelangen Geschichte hervorgebracht hat.

Nationalrat Luzi Stamm, Bern, den 26. April 2014